

1. Erhalt der verfassten Studierendenschaften und studentischer Selbstverwaltung

Die verfassten Studierendenschaften bilden die demokratische Selbstverwaltung der Studierenden und übernehmen Aufgaben der Interessenvertretung, politischen Bildung sowie der sozialen, kulturellen und internationalen Zusammenarbeit. In Sachsen-Anhalt wurden zuletzt politische Vorhaben diskutiert, die die Auflösung dieser Strukturen und die Verlagerung ihrer Aufgaben auf Hochschulverwaltungen vorsehen. Die SRK sieht darin Risiken für Mitbestimmung, Eigenständigkeit und demokratische Beteiligung an Hochschulen.

Frage:

Wie positioniert sich Ihre Partei zum dauerhaften Erhalt der verfassten Studierendenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Erhalt der bestehenden Rechtsform*
- *Eigenständigkeit studentischer Vertretungen*
- *Gesetzgeberischen Änderungsbedarf*

Wir stehen uneingeschränkt für den Erhalt der verfassten Studierendenschaft als demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Studierenden ein. Der Vorstoß der AfD-Landtagsfraktion zur Abschaffung der Studierendenschaften wurde von allen demokratischen Fraktionen des Landtages einhellig zurückgewiesen.

2. Demokratische Mitbestimmung an Hochschulen

Studierende wirken in Senaten, Fachbereichsräten, Studierendenräten und weiteren Hochschulgremien an Entscheidungsprozessen mit. Gleichzeitig werden Veränderungen von Gremienstrukturen und Beteiligungsrechten immer wieder politisch diskutiert. Für die SRK stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert Hochschuldemokratie künftig im Land einnehmen soll.

Frage:

Welche Rolle soll studentische Mitbestimmung an Hochschulen künftig in Sachsen-Anhalt spielen?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Beteiligungsrechte in Hochschulgremien*
- *Förderung studentischen Engagements*
- *Demokratische Beteiligungsformate*

Mitbestimmungs- und Teilhaberechte aller Mitgliedergruppen gehören zum Fundament einer demokratischen Hochschule. Die Mitbestimmungsrechte u. a. der Studierenden haben wir mit der jüngsten Novellierung des Hochschulgesetzes gestärkt, hier für die Medizinischen Fakultäten. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Wir stehen für die ungehinderte politische Betätigung von Studierendenorganisationen in der Hochschule. Grundlage für Hochschuldemokratie bleibt ein Klima der offenen, respektvollen politischen Debatte in Gremien und Hochschulöffentlichkeit.

3. Soziale Lage und Studienfinanzierung

Steigende Lebenshaltungskosten, höhere Mieten und zusätzliche Belastungen im Studienalltag verschärfen die finanzielle Situation vieler Studierender. Besonders betroffen sind Studierende ohne familiäre Unterstützung sowie internationale Studierende. Gleichzeitig fehlen häu-

fig ausreichende Unterstützungsstrukturen und finanzielle Absicherungen.

Frage:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die soziale und finanzielle Situation von Studierenden in Sachsen-Anhalt zu verbessern?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Landesprogramme und Zuschüsse*
- *Unterstützung internationaler Studierender*
- *Sozialfonds und Härtefallregelungen*

Maßgeblich für die soziale Absicherung der Studierenden und für die Ermöglichung eines zügigen Hochschulstudiums ist die überfällige Reform des BAFöG. Die Einführung des BAFöG durch die SPD-geführte Bundesregierung vor 55 Jahren war ein Meilenstein für mehr Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit. Der Zugang zum Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – dieser Grundsatz gilt für uns uneingeschränkt. Eine bedarfsgerechte Ausbildungsfinanzierung bleibt deshalb eine unverzichtbare Grundlage dafür, dass auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien die Chance haben, erfolgreich ein Hochschulstudium zu absolvieren.

Wir treten deshalb entschieden dafür ein, dass die im Koalitionsvertrag im Bund verabredete umfassende BAFöG-Reform zügig umgesetzt wird. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Anhebung der BAFöG-Sätze, eine Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten und vereinfachte Antragsverfahren.

Wesentlich für die soziale Lage der Studierenden sind zudem die Lebenshaltungskosten. Wir treten für die Senkung, möglichst für die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ein. Über den Kreis der Studierenden hinaus würde damit eine wirksame Senkung der Lebenshaltungskosten möglich.

Zudem dringen wir darauf, dass die im Koalitionsvertrag Bund vereinbarte Senkung der Stromsteuer endlich umgesetzt wird.

Und was die Preise in Mensen und Cafeterien angeht: Wir werden die entsprechenden Zuschüsse an die Studierendenwerke im Landeshaushalt stabil halten und an die Preisentwicklung anpassen.

Wir stehen ein für die Beibehaltung und Stärkung der Studienkollegs an beiden Standorten.

4. Studentischer Wohnraum

Die Versorgung mit studentischem Wohnraum bleibt in Sachsen-Anhalt deutlich hinter dem Bedarf zurück. Nach der Wohnraumstatistik 2025 stehen 49.987 Studierenden lediglich 4.654 Wohnheimplätze gegenüber. Dies entspricht einer Unterbringungsquote von 9,31 %. Viele Studierende sind daher auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen.

Frage:

Wie möchte Ihre Partei bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Sachsen-Anhalt ausbauen?

Bitte beziehen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Neubau und Sanierung von Wohnheimen*
- *Finanzierung der Studierendenwerke*
- *Kooperationen mit Kommunen*

Investitionen in Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende haben für die SPD Priorität. Dafür wollen wir die Förderung aus dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ so ausgestalten, dass sie für die Schaffung und Modernisierung von Wohnraum für Studierende genutzt werden können. Die Studierendenwerke sind dabei wichtige und besonders zu unterstützende Partner. Notwendige Änderungen der bestehenden Richtlinie zur Erreichung dieser Zielstellung unterstützen wir.

5. Mobilität und Semesterticket

Steigende Ticketpreise führen zu höheren Semesterbeiträgen und gefährden die finanzielle Belastbarkeit des deutschlandweiten Semestertickets. Mobilität ist jedoch Voraussetzung für Studium, Praktika und studentische Erwerbstätigkeit.

Frage:

Wie will Ihre Partei langfristig bezahlbare Mobilität für Studierende sichern?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Preisstabilität beim Semesterticket*
- *Landeszuschüsse*
- *Alternative Finanzierungsmodelle*
- *Verhältnis zum Deutschlandticket*

Unser Ziel ist die kostenlose Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden.

Wir streben eine Verdopplung des Angebots im ÖPNV an, insbesondere im ländlichen Raum. Damit verbessert sich auch die Anbindung von – vor allem kleineren – Hochschulstandorten an die Orte in der Region. Wir wollen junge Menschen in die Planung des ÖPNV einbinden, damit Taktung und Verbindungen ihren Lebensrealitäten entsprechen.

6. Hochschulfinanzierung und Zukunft der Hochschulstandorte

Die Diskussion um Grundfinanzierung, Drittmittelabhängigkeit und die Zukunft regionaler Hochschulstandorte prägt die Hochschulpolitik seit Jahren. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel stellen zusätzliche Herausforderungen dar.

Frage:

Wie möchte Ihre Partei die Hochschulen in Sachsen-Anhalt langfristig absichern?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Grundfinanzierung*
- *Drittmittelabhängigkeit*
- *Regionale Hochschulstandorte*
- *Hochschulentwicklungsplanung*

Die stabile und verlässliche finanzielle Ausstattung der Hochschulen gehört zu den großen Standortvorteilen Sachsen-Anhalts mit Bedeutung weit über Wissenschaft und Forschung hinaus. Die kritische und manchmal prekäre Situation in anderen Bundesländern zeigt, wie wichtig es ist, dass in Sachsen-Anhalt die Prioritäten zugunsten der Wissenschaft gestellt wurden. Mit uns wird es keine Änderung an dieser Prioritätensetzung geben. Investitionen in Hochschule und Wissenschaft sind Investitionen in die Zukunft des ganzen Landes. Das Verfahren der Zielvereinbarungen gibt den Hochschulen einen verlässlichen und bewährten Rahmen für ihre Arbeit, den wir beibehalten wollen.

Hochschulen brauchen beides: eine solide, verlässliche und für Lehre und Forschung auskömmliche Grundausstattung und erfolgreiche Kooperationen mit Partner aus anderen Hochschulen, anderen Wissenschaftseinrichtungen, Stiftungen und forschenden Unternehmen. Wichtig ist, dass die Hochschulen durch Regularien, Kontrollen und nicht zuletzt ihre innere Haltung sicherstellen, dass ihre Autonomie und die Freiheit ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Kooperationsprojekten nicht angetastet werden. Drittmittelfinanzierung darf nicht dazu dienen, Teile der staatlichen Grundausstattung der Hochschulen zu ersetzen. Deshalb lassen wir am Stellenwert der Hochschulfinanzen im Landeshaushalt nicht rütteln.

Bei der Finanzierung ist uns wichtig: Ohne starke Grundlagenforschung ist weder das Erreichen von Exzellenz in Forschung und Lehre noch eine zielführende anwendungsorientierte Forschung vorstellbar. Grundlagenforschung bleibt das Rückgrat wissenschaftlichen Arbeitens und muss finanziell gesichert sein.

Für uns haben alle Hochschulstandorte Bestand und eine sichere Perspektive. Das gilt auch für beide Universitätsklinika.

7. Arbeitsbedingungen und studentischer Tarifvertrag

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, kurze Befristungen und fehlende Dauerstellen prägen weiterhin viele Arbeitsbereiche an Hochschulen. Dies betrifft sowohl wissenschaftliche Mitarbeitende als auch studentische Beschäftigte. Gleichzeitig wird seit Jahren über bessere Arbeitsbedingungen und tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte diskutiert.

Frage:

Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt, insbesondere für wissenschaftliche Mitarbeitende und studentische Beschäftigte? Setzt sich Ihre Partei auf Landesebene und innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte ein?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Dauerstellenprogramme*
- *Umgang mit Befristungen*
- *Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter*
- *Studentischer Tarifvertrag (TVStud)*
- *Fachkräftebindung*

Es war ein wichtiger Fortschritt, dass im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder 2023 mit einer Mindestvertragslaufzeit und Mindeststundenentgelten erstmals Regelungen für studentische Beschäftigte getroffen wurden und dass die Tarifparteien vereinbart haben, künftig über die Anpassung der Entgelte zu verhandeln. Das sind wichtige Schritte zur besseren sozialen Absicherung studentischer Beschäftigter und hin zu einer eigenständigen tarifvertraglichen Regelung. Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften und der studentischen Beschäftigten nach einem eigenen Tarifvertrag.

Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes wurden bereits neue Möglichkeiten zur Gestaltung einer wissenschaftlichen Laufbahn in Sachsen-Anhalt geschaffen. Um Karrieren im Wissenschaftsbetrieb attraktiver zu gestalten und die Chancen von Frauen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu stärken, legen wir besonderen Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als attraktive berufliche Perspektive für junge Wissenschaftler:innen und zur Abdeckung des Lehrbedarfs streben wir die Schaffung von Stellen nach dem Vorbild des Lecturers an, die nicht an Zeitverträge gebunden sind.

8. Studierendenwerke, Infrastruktur und Digitalisierung

Mensen, Beratungsangebote, Lernräume und digitale Infrastruktur sind wesentliche Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium. Gleichzeitig bestehen Investitionsbedarfe bei Gebäuden, Aufenthaltsflächen und der technischen Ausstattung.

Frage:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen des Studiums?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Finanzierung der Studierendenwerke*
- *Psychosoziale Beratungsangebote*
- *Sanierungen und Neubauten*
- *Lernräume und Aufenthaltsflächen*
- *Digitale Ausstattung*
- *Software- und Lizenzangebote*
- *Barrierefreiheit und digitale Barrierefreiheit*

Wir werden die Studierendenwerke verlässlich und bedarfsgerecht weiter finanziell aus dem Landeshaushalt unterstützen.

Der Bedarf an psychosozialer und sozialer Beratung für Studierende ist im Zuge von gesellschaftlichen Veränderungen und erhöhten Anforderungen im Studium spürbar gestiegen. Die Beratungsangebote der Studierendenwerke müssen mit diesem Bedarf Schritt halten können. Darüber hinaus erfüllen niedrigschwellige Angebote für soziale Begegnung und Austausch eine immer wichtigere Funktion.

Die Notfallkredite der Studierendenwerke sind eine unverzichtbare Auffanglösung für Studierende in kurzfristigen finanziellen Krisensituationen.

Für diese sozialen Aufgaben der Studierendenwerke muss ihre finanzielle Ausstattung im Landeshaushalt insgesamt verbessert werden.

Investitionen in den Hochschulbau wollen wir weiter stärken. Hier konnten in den letzten Jahren trotz schwieriger Haushaltslage des Landes viele Vorhaben in Gang gebracht werden, die den Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt stärken.

Grundsätzlich sind Hochschulen darauf eingestellt, dass auch Menschen mit Behinderungen ein Studium absolvieren können. Ein System von Nachteilsausgleichen in Lehrveranstaltungen und bei Prüfungen, der Anspruch auf Hilfsmittel und das Beratungsangebot der Studierendenwerke machen es möglich, Hindernisse zu überwinden und eine wissenschaftliche Qualifikation zu erreichen. In der Praxis stellen sich jedoch viele Probleme, angefangen von barrierefreien Zugängen bis hin zur Raumausstattung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im Hochschulbau besonderen Wert auf Barrierefreiheit zu legen. Das gilt auch für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende. Und: Längst nicht alle Hochschullehrer:innen sind darauf eingestellt, Studierenden mit Behinderungen die Teilhabe an ihren Veranstaltungen zu ermöglichen. Immer wieder müssen Betroffene darum kämpfen, die ihnen zustehenden Nachteilsausgleiche bei Prüfungen in Anspruch nehmen zu können. Deshalb muss sich die Kultur an den Hochschulen ändern. Inklusive Teilhabe muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen entsprechende verbindliche Ziele der Inklusion in die Zielvereinbarungen aufnehmen und unterstützen nachdrücklich die Arbeit der Behindertenbeauftragten an den Hochschulen.

9. Antidiskriminierung und Demokratieschutz

Hochschulen sind Orte wissenschaftlicher Freiheit, demokratischer Beteiligung und gesellschaftlicher Vielfalt. Zugleich nehmen Berichte über Diskriminierung, antisemitische und rassistische Vorfälle sowie Angriffe auf demokratische Strukturen zu. Die Sicherung eines diskriminierungsfreien und demokratischen Hochschulumfeldes stellt daher eine zentrale Herausforderung dar.

Frage:

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um demokratische Kultur und den Schutz vor menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einflussnahmen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu stärken?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Demokratische Beteiligung und politische Bildung*
- *Schutz betroffener Studierender*
- *Antidiskriminierungsstrukturen*
- *Unterstützung studentischer Initiativen*
- *Umgang mit Angriffen auf die studentische Selbstverwaltung*

Wir stehen für die ungehinderte politische Betätigung von Studierendenorganisationen in der Hochschule. Grundlage für Hochschuldemokratie bleibt ein Klima der offenen, respektvollen politischen Debatte in Gremien und Hochschulöffentlichkeit.

In Sachen Toleranz und Umgang mit Vielfalt sind Hochschulen in vielfacher Weise Vorbild für andere gesellschaftliche Bereiche. Diese positive Grundstimmung an den Hochschulen wollen wir weiter stärken.

Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit, politische Betätigungsmöglichkeiten und demokratische Selbstverwaltungsstrukturen an den Hochschulen lassen sich jedoch nur erhalten, wenn mit der Landtagswahl am 6. September 2026 keine autoritäre, rechtsextreme Landesregierung ins Amt kommt.